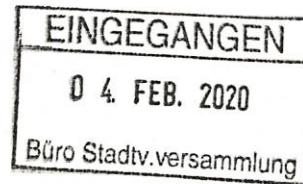


Herr
Stadtverordnetenvorsteher Jens Grode
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim



02.02.2020

Antrag zur Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung am 13. Februar 2020

Die Fraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen, Linke/Liste Solidarität, FW/FNR und UL stellen folgenden Antrag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die in der Novellierung der HGO vorgesehene Optionsregel zu den Ausländerbeiräten ab. Der Magistrat wird aufgefordert, diese Position gegenüber der Landesregierung zu vertreten.
2. In Rüsselsheim werden wie bisher Wahlen zum Ausländerbeirat durchgeführt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die vorgesehene Zusammenlegung dieser Wahl mit der Kommunalwahl.

Begründung:

Die Ausländerbeiräte erfüllen eine wichtige Aufgabe in der Interessensvertretung der ausländischen Mitbürger*innen in Rüsselsheim am Main und hessenweit.

Die Stadtverordnetenversammlung würdigt ausdrücklich diese Arbeit als unverzichtbar für ein gemeinschaftliches Zusammenleben. Durch die vorgesehene Novellierung werden die Wirkungsmöglichkeiten von Ausländerbeiräten stark eingeschränkt.

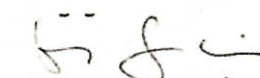


Sanaa Boukayeo
Fraktionsvorsitzende
SPD

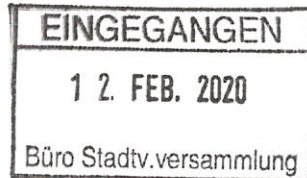
Maria Schmitz-Henkes
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen

Karl-Heinz Schneckenberger
Fraktionsvorsitzender
Die Linke/Liste Solidarität

Robert Adam-Frick
Fraktionsvorsitzender
FWR/FNR



Michael Flörsheimer
Fraktionsvorsitzender
Unabhängige Liste -



WsR-Fraktion
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Telefon: 0157 383 62 115
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, den 12.02.2020

Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 19 der Stadtverordnetenversammlung am 13.02.2020

„Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität, FW/FNR und UL vom 02.02.2020 - Novellierung der HGO - Optionsregel zu den Ausländerbeiräten“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Antrag wird verwiesen.
2. Der Magistrat erstellt eine Drucksache, in der die bisherige Arbeit des Ausländerbeirates in Rüsselsheim evaluiert und die Zusammensetzung einer möglichen Integrationskommission skizziert werden. Die Vorlage stellt zudem alle Vor- und Nachteile dieser beiden Vertretungsformen zusammen.
3. Nach der Veröffentlichung der Vorlage und vor Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung, findet eine Informationsversammlung für die Bürgerinnen und Bürger zu dieser Thematik statt.

Begründung:

Die Beteiligung unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger am politischen Prozess ist zu wichtig, um sie ohne ausreichende Information und Diskussion zu entscheiden. Die Stadtverordnetenversammlung sollte sich die Zeit nehmen Vor- und Nachteile beider Modelle gegeneinander abzuwägen und mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren.

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim

